

Datenschutz: Landes-Grüne rufen EU an

Von Klaus Wieschemeyer

HANNOVER Die Grünen wehren sich bei der Europäischen Union gegen das neue niedersächsische Datenschutzgesetz. Die Landtagsfraktion reichte am Dienstag Beschwerde bei der EU-Kommission gegen das im Mai vom Landtag beschlossene Gesetz ein. „Die Große Koalition hat ohne Not in unfassbarer Eile ein Gesetz in Rekordtempo durch das Parlament gepeitscht und dabei sehenden Auges europä- und verfassungsrechtliche Verstöße in Kauf genommen. Das war angesichts der massiven Kritik der Rechtsexperten schon fast ein böswilliger Vorgang“, sagte der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Belit Onay, unserer Redaktion. „Die Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben ist vielfach bestenfalls Stückwerk“, erklärte er. Mit der Beschwerde wollte man erreichen, dass „Niedersachsen nicht zur Datenschutzwüste Europas verkommt“.

Kritik üben die Grünen vor allem an den Regeln für den Einsatz von Überwachungskameras im öffentlichen Raum. Darüber hinaus beklagen sie mangelnde Kontrollmöglichkeiten durch die Landesbeauftragte für Datenschutz: So sei bei Strafverfahren eine Datenschutzkontrolle erst nach deren Abschluss zulässig.

Bereits im April hatte die Landesdatenschutzbeauftragte Barbara Thiel den Gesetzentwurf des Innenministeriums als „nicht hinnehmbar“ bezeichnet.

Straßenbeiträge auf dem Prüfstand

CDU-Chef Althusmann will Diskussion / Kommunen fürchten Eingriff in Selbstverwaltung

Die Landes-CDU stellt zum Parteitag im September die Straßenausbaubeiträge (Strabs) in Niedersachsen infrage. SPD und Kommunalvertreter bremsen.

Von Klaus Wieschemeyer

HANNOVER CDU-Landeschef Bernd Althusmann stellt die kommunalen Straßenausbaubeiträge (Strabs) auf den Prüfstand: Beim CDU-Landesparteitag am 7. und 8. September in Braunschweig werde man auf Antrag des Kreisverbands Stade über eine mögliche Abschaffung diskutieren, sagte Althusmann am Montagabend in Hannover. „Ich bin kein Freund der Strabs“, betonte Althusmann. Gleichzeitig sehe er aber die Notwendigkeit eines fairen Ausgleichs für die Kommunen, sagte er.

Die Strabs sorgen in Niedersachsen seit Jahren für Streit. Bürgerinitiativen kämpfen mit Unterstützung der FDP für die Abschaffung. Strabs werden für Anlieger fällig, wenn Straßen ausgebaut oder saniert werden. Je nach Gemeinde fallen die Belastungen sehr verschieden aus. Einige Kommunen haben die Strabs abgeschafft und finanzieren den Straßenbau über höhere Grundsteuern.

Die SPD-Fraktion im Landtag lehnt eine grundsätzliche Abschaffung wie in Bayern ab. Man verortet das Thema grundsätzlich bei der kommunalen Selbstverwaltung, sagte ein Fraktions-

sprecher: Eine mögliche Beitragsstundung oder geminderte Zinsen für säumige Zahler schließt die SPD aber ebenso wie die CDU nicht aus. Man sei „gesprächsbereit“ und setze auf einvernehmliche Lösungen mit der CDU.

Streckung im Gespräch

Auch der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) lehnt die Abschaffung ab. „Dies wäre nach der Abschaffung der Kindergartenbeiträge ein erneuter Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“, warnt NSGB-Präsident Marco Trips. Auch die grundsätzliche Kritik teilt der NSGB nicht: Die Anlieger würden von Straßenbaumaßnahmen profitieren. Und selbst bei im Einzelfall hohen Belastungen würden diese nur alle 30 bis 35 Jahre fällig werden. „Ich würde mir wünschen, die Beiträge nicht generell abzuschaffen, sondern eher über Modelle einer Streckung der Zahlung zu sprechen“, sagte Trips unserer Redaktion.

Damit scheint sich eine Lösung abzuzeichnen. „Ich kann mir gut vorstellen, dass man schlicht Veränderungen an der Fälligkeit der bestehenden Beiträge vornimmt. Wenn jemand 10000 Euro zahlen muss, so kann dies auch auf einen Zeitraum von mehreren Jahren gestreckt werden. Hier müssen auch keine hohen Zinsen genommen werden“, sagte Trips.

Bauprojekte und andere Nordwest-Themen auf noz.de/niedersachsen



Vorsicht, Baustelle! Wenn Straßenbauer anrücken, wird es für Anlieger oft teuer. Nun stellt Niedersachsen CDU die Ausbaubeiträge infrage. Foto: dpa/Stefan Sauer

KOMMENTAR

Gebühren locken die Landespolitik

Die Verlockung ist riesig: Wer als Landespolitiker eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, kurz: Strabs, fordert, kann sich des Beifalls sicher sein. Denn wenn Kommunen die Anlieger von Straßensanierungen zur Kasse bitten, ist Ärger programmiert. Oft bringen horrenden Forderungen die Immobilienbesitzer in Not, denn insbesondere in ländlichen Regionen bedeutet Eigentum nicht automatisch auch Reichtum. Doch auch ohne Gebühren bleiben marode Straßen kaputt. Deren Sanierung



Von Klaus Wieschemeyer

müsste bei Strabs-Abschaffung aus Hannover bezahlt werden. Die Kasse von Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers ist zwar derzeit noch gut gefüllt. Doch alte Schulden und neue teure Versprechen drücken schon jetzt enorm. Zudem wissen die Menschen vor Ort meist besser als in Hannover, wo welche Straße saniert werden

muss. Die Gemeinderäte müssen mit den Folgen ihrer Entscheidungen leben. Beschließen sie teure Sanierungen, stehen ihnen die Betroffenen auf der Matte. Schaffen sie die Strabs ab, müssen sie die Mittel woanders herholen. Das diszipliniert beim Geldausgeben. Das Land tut gut daran, finanzielle Härten zu mildern, um den betroffenen Anliegern zu helfen. Die in der Regel gute Arbeit der Kommunen vor Ort sollte es aber nicht übernehmen.

k.wieschemeyer@noz.de

KOMPAKT

Havliza soll ins CDU-Präsidium

HANNOVER Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza (CDU) soll Mitglied im Landespräsidium ihrer Partei werden. Dies kündigte der CDU-Landesvorsitzende Bernd Althusmann an. Das letzte Wort dazu haben die Delegierten auf dem Landesparteitag am 7. und 8. September in Braunschweig. Dort wird auch der Landesvorstand neu gewählt. Althusmann wird wieder für den Posten des Landesvorsitzenden antreten. Die 60-jährige Juristin Havliza leitete mehrere Jahre einen Senat für Staatsschutzsachen am Oberlandesgericht Düsseldorf. Im Landtagswahlkampf 2017 holte Althusmann sie in sein Spitzenteam. dpa

Festnahme nach Schüssen auf Autos

OLDENBURG/BREMEN

Nach Schüssen auf Autos im Nordwesten Niedersachsens hat die Polizei in Bremen einen Mann festgenommen. Er wird verdächtigt, am Sonntag aus seiner Wohnung geschossen zu haben. Ob das mit den anderen Fällen zusammenhängt, könne nicht gesagt werden, hieß es seitens der Staatsanwaltschaft. Mittlerweile prüft die Polizei acht Fälle, in denen Fahrzeuge nach einer Fahrt nahe Oldenburg und Bremen Löcher aufwiesen. Eindeutige Hinweise, dass tatsächlich Schüsse den Schaden verursacht haben, gibt es einem Polizeisprecher zufolge bisher in drei Fällen. dpa



ZAHLT DEINE

RECHNUNG!

UND DEINE WUNSCHRECHNUNG.

RADIO AN UND MITMACHEN!